

Finanzielle Aspekte der Nachhaltigkeit

Theo Waigel

Die Bewältigung der Globalisierung ist zum herausragenden ökonomischen Thema am Beginn des neuen Jahrtausends geworden. Verstanden als zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung durch grenzüberschreitende Warenströme und Direktinvestitionen, ist Globalisierung an sich kein neues Thema. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben vor allem die EWG, die OECD und das GATT die wirtschaftliche Internationalisierung vorangetrieben.

Aber in den neunziger Jahren kamen drei entscheidende Faktoren hinzu: Die weltweite Öffnung der Grenzen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, der Ausbau der EWG zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Währung und vor allem die weltweite Vernetzung der Produktionsstandorte durch den Vormarsch der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Folge dieser Entwicklung ist ein weltweiter Wettbewerb der Standorte. Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, setzen die westlichen Industriestaaten auf Liberalisierung und Deregulierung der Märkte sowie auf wettbewerbsfähige Steuersysteme und bezahlbare Sozialversicherungshaushalte. Kritische Begleiter der Globalisierung, die nach meiner Ansicht nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, sind bestrebt, den globalen Wandel im Sinne von Nachhaltigkeit zu gestalten.

Der Begriff der Nachhaltigkeit hat erst in den letzten beiden Jahrzehnten Eingang in die politische Diskussion gefunden, gemeint ist damit wohl eine dauerhafte, eine anhaltende, eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, die sich nicht nur an der Steigerung des Sozialprodukts ausrichtet, sondern auch mit anderen Zielen verträglich ist. Zu denken ist dabei insbesondere an Verteilungsgerechtigkeit, Umweltverträglichkeit und soziale Akzeptanz.

Man spricht zum Beispiel von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, das sich selbst trägt und gleichzeitig den Prinzipien des Umweltschutzes und des sparsamen Umgangs mit Ressourcen Rechnung trägt. Man spricht von nachhaltiger Umweltpolitik, die sich an einem Gesamtkonzept orientiert und auf punktuelle Eingriffe verzichtet. In diesem Sinne könnte man auch von einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik sprechen, verstanden als Standortpolitik zur Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft im Zeitalter der Globalisierung bei gleichzeitig schonendem Umgang mit der Umwelt, mit den Rohstoffen und den Energievorräten.

Nachhaltige Finanzpolitik

Im Rahmen der Finanzpolitik ist der Begriff der Nachhaltigkeit bisher ein Fremdwort geblieben. Aus meiner Erfahrung heraus hat der Begriff bislang keinen Eingang in die politische Semantik gefunden – weder in die Debatten des Deutschen Bundestages, noch in die Sitzungen des Ecofin-Rates noch in die Gesprächsrunden im Rahmen der G8.

Es dürfte schwierig sein, eine befriedigende Umschreibung für eine nachhaltige Finanzpolitik zu finden. Aufgabe der Finanzpolitik ist in erster Linie die Deckung der Staatsausgaben. Die Höhe der Staatsausgaben misst sich ihrerseits an der Höhe der Staatsaufgaben. Deren Umfang lässt sich rational kaum festlegen, sie müssen vielmehr politisch auf dem Wege einer demokratischen Auseinandersetzung gefunden werden. Liegen die Ausgaben fest, muss die Finanzpolitik die Entscheidung über die Finanzierung treffen – vorrangig über Steuern, darüber hinaus auch über Privatisierungserlöse und über Kredite. Mit der Steuerpolitik beeinflusst der Finanzpolitiker aber auch Konjunktur und Wachstum, die wiederum beträchtliche Rückwirkungen auf den Umfang der Steuereinnahmen haben können.

Im Zeitalter der Globalisierung könnte man das Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik wie folgt festlegen: Schaffung nachhaltiger steuer- und haushaltspolitischen Rahmenbedingungen zur Sicherung der globalen Wettbewerbsfähigkeit einer nationalen Volkswirtschaft. Da die Finanzmärkte mittlerweile als unbestechliche Schiedsrichter für die nationale Finanzpolitik gelten, wäre Nachhaltigkeit dann gegeben, wenn das Vertrauen der Finanz- und Devisenmärkte sichergestellt wäre.

In einem engeren Sinne könnte man von der finanzpolitischen Nachhaltigkeit als einer Handlungsmaxime sprechen, die gegenwärtige finanzielle Ansprüche im Interesse der Sicherung der Zukunft beschränkt. Diese Konzeption liegt all jenen Ansätzen zugrunde, die die Finanzpolitik auf einen Ausgleich zwischen den Generationen, also auf intergenerative Gerechtigkeit festlegen wollen. Dies führt dann zum Postulat eines ausgeglichenen Haushalts – wobei der Haushaltsausgleich auch auf den Konjunkturzyklus beschränkt werden kann.

Finanzielle Nachhaltigkeit im Sinne des Haushaltsausgleichs, also eines Haushalts ohne Neuverschuldung, lässt sich ethisch durchaus begründen. Hilfreich ist dabei ein Rückgriff auf Max Weber. Dieser unterschied bekanntlich zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Dabei zeigt sich: Dogmatische Standpunkte sind in der Finanzpolitik wenig hilfreich. Finanzpolitik muss die voraussehbaren Folgen und Nebenfolgen ihrer Entscheidungen sorgfältig abwägen.

Ein Finanzpolitiker, der Schulden ohne Rücksicht auf die späteren Zins- und Tilgungslasten macht, der versündigt sich an den kommenden Generationen. Das Gleiche gilt aber auch für einen Finanzpolitiker, der rigoros Investitionen kürzt und so die erforderliche Vorsorge für die Zukunft unterlässt. Ein Finanzpolitiker, der Ausgabenkürzungen vornimmt ohne Rücksicht auf die jeweils betroffenen Bevölkerungsschichten, hat den Blick auf das Postulat der sozialen Gerechtigkeit verloren. Und ein Finanzpolitiker, der hemmungslos Steuern erhöht ohne Rücksicht auf die Folgen für Konjunktur und Wachstum, der ebnet den Weg für Wohlstandsverluste und Arbeitslosigkeit.

Finanzielle Nachhaltigkeit – recht verstanden – bedeutet somit: Möglichst regelmäßige Herbeiführung eines ausgeglichenen Haushaltes bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Erfordernisse des gesamt-wirtschaftlichen Gleichgewichts und der Sicherung der Zukunft durch eine möglichst hohe Investitionsquote. Ein ausgeglichener Haushalt bei gleichzeitiger Vernachlässigung wichtiger Zukunftsinvestitionen würde dem Ziel der Nachhaltigkeit kaum gerecht werden. Insoweit ist zum Beispiel der beträchtliche Rückgang der Investitionsquote im deutschen Bundeshaushalt negativ zu beurteilen.

Nachhaltige Steuerpolitik

Nachhaltige Finanzpolitik kann sich somit nicht auf den Verzicht auf Haushaltsdefizite beschränken. Sie muss auch die Ausgabenstruktur und vor allem die Steuerpolitik miteinbeziehen. Jedes Steuersystem hat bekanntlich gravierende Auswirkung auf die Allokation der Produktionsfaktoren, die interpersonelle Einkommensverteilung und auf Wachstum und Beschäftigung. Im Zeitalter der Globalisierung entscheidet das Steuersystem darüber hinaus auch über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

Ein ideales Steuersystem gibt es wohl nicht. Aus der Sicht des Bürgers wäre ein Steuersystem ideal, wenn die Steuersätze bei Null liegen würden. Aus der Sicht des Finanzministers wäre es ideal, wenn alle Einkommen über einen steuerfreien Existenzminimum abkassiert würden – allerdings mit der Folge, dass sich dieser Finanzminister nach der nächsten Wahl beim Arbeitsamt melden könnte.

In den Lehrbüchern der Finanzwissenschaft taucht der Begriff des rationalen Steuersystems auf. Danach soll ein Steuersystem möglichst wenig Erhebungsaufwand verursachen, die Belastungswirkung gering halten, für die Betroffenen einfach und ver-

ständig sein. Es sollte möglichst zu keiner Marktverzerrung führen, den konjunktur- und beschäftigungspolitischen Zielen Rechnung tragen und die Belastung an der steuerlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen ausrichten.

Der praktisch handelnde Finanzpolitiker hat es natürlich immer mit einem historischen Steuersystem zu tun. Im Regelfall handelt es sich dabei um ein System, das die Steuerlast verteilt auf die Besteuerung des – allgemeinen oder speziellen – Konsums einerseits und die Besteuerung – progressiv und mit Freibeträgen versehen – der Einkommen andererseits.

Im Zeitalter der Globalisierung ist es zu einem gewissen Steuerwettbewerb zwischen den Staaten gekommen. Man mag dies bedauern. Aber es ist ein Faktum, gegen das man auch mit internationalen Absprachen und Harmonisierungsversuchen nicht ankommen wird. Wichtig ist die gemeinsame Bekämpfung offensichtlichen Steuer-Dumpings über Steuer-Oasen. Darüber hinaus ist ein gesunder Steuerwettbewerb durchaus nicht verwerflich, denn die Kritiker eines solchen Wettbewerbs haben in der Regel nur ein Ziel: Nämlich eine möglichst hohe Belastung der Bürger und Betriebe.

Der internationale Steuerwettbewerb hat erhebliche Auswirkungen auf die grenzüberschreitenden Ströme der Direktinvestition. Mittlerweile sind die meisten europäischen Staaten darangegangen, ihre Steuersysteme wettbewerbsfähiger zu gestalten. Ob jedoch die jüngste Steuerreform in Deutschland dem Prinzip einer Nachhaltigkeit gerecht wird, wage ich zu bezweifeln. Zwar wird ein Körperschaftersatz von 25 Prozent ausländisches Kapital anziehen. Da aber gleichzeitig die Belastung der Personenunternehmen ungleich höher ist, bleiben die positiven Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung begrenzt.

Bislang scheinen die USA am besten mit der Globalisierung zurecht zu kommen. Das neue Stichwort heißt „New Economy“ Mikroökonomisch wird dabei eine Wirtschaft verstanden, die geprägt ist von Hochtechnologieunternehmen, vom Internet, vom shareholder-value und einem hohen Gewicht der Aktienmärkte. Makroökonomisch meint New Economy eine Wirtschaft, die ein langfristig stabiles und inflationsfreies Wachstum aufweist, gespeist durch hohe Produktivitätszuwächse. Dies trifft in den USA in der Tat zu. Der dortige Aufschwung dauert schon fast zehn Jahre bei gleichzeitig niedrigen Steuern und Haushaltsüberschüssen, auch wenn gelegentlich Anzeichen einer sanften Landung sichtbar werden.

Eine solche Entwicklung ist in der Euro-Zone bislang nicht erkennbar. Das Wachstum kam in Europa nur langsam in Schwung, an der Preisfront zeigen sich die ersten Risiken und die Schubkräfte drohen schon wieder zu erlahmen. Zweifel bestehen in der Euro-Zone vor allem im Hinblick auf grundlegende Strukturreformen in den

Steuer- und Sozialsystemen und im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des eingeschlagenen Konsolidierungskurses.

Nachhaltige Haushaltspolitik

Allerdings sind im längerfristigen Vergleich trotzdem gewaltige Fortschritte bei der Rückführung der Defizite zu verzeichnen. Fachleute erwarten für das zusammengefasste Budget der Länder der Euro-Zone im laufenden Jahr sogar einen Überschuss. Der Blick sollte aber nicht auf das Defizit eingeengt werden. Es gilt, den politischen Gesamtzusammenhang zu beachten. Nachhaltige Haushaltspolitik in diesem Sinne muss auch den Gesamtschuldenstand im Auge behalten und vor allem auf eine Reduzierung des Staatsquote, also des Anteils der Staatsausgaben am Sozialprodukt hinarbeiten.

Liberalisierung und Globalisierung haben letztlich zum Ziel, die privatwirtschaftlichen Spielräume zu erweitern, das heißt den Einfluss des Staates zurückzuschrauben und verstärkt auf die Kräfte des Marktes zu setzen. Ich halte es jedoch für verfehlt, in diesem Zusammenhang dogmatische Quoten anzustreben. Defizit-, Staats- oder Belastungsquoten sind in einer Demokratie letztlich Reflex politischer Entscheidungen. In ihnen spiegelt sich auch wider die Einstellung der Bevölkerung zum Umfang der sozialen Absicherung und zur sozialen Akzeptanz der Steuer- und Abgabenbelastung.

Ohne Zweifel werden die Europäer von den USA lernen müssen und das heißt: Rückführung der Staatseingriffe, weiterer Abbau der Defizite und Durchforstung der sozialen Sicherungssysteme. Aber eine Kopie des US-Modell wäre in Europa wohl politisch nicht vermittelbar. Letztlich ist dies eine Aufgabe, die jede Generation neu lösen muss: die Herbeiführung eines Gleichgewichts zwischen Gleichheit und Freiheit, zwischen kollektiver Absicherung und individueller Risikovorsorge.

Politische Diskussion über Staatsverschuldung

Über die Problematik der Staatsverschuldung gilt es nüchtern zu diskutieren. Auch private Haushalte sind mitunter gezwungen, Kredite aufzunehmen. Für die meisten – sieht man von der Erbengeneration ab – wäre es unerschwinglich, Eigenheime oder teure Konsumartikel ohne den Gang zur Bank zu bezahlen. Gleiches gilt für die Betriebe, die selbstverständlich Investitionen und Unternehmensaufkäufe über Kredite finanzieren. Auch in den Lehrbüchern der Finanzwissenschaft wurde die Auffassung

vertreten, dass öffentliche Schulden für öffentliche Investitionen durchaus sinnvoll seien, weil der Nutzen dieser Investitionen im Regelfall der kommenden Generation zugute kommt.

Auch wenn sich der Keynesianismus im Rückzug befindet, so dürfte heute doch unumstritten sein, dass die Hinnahme konjunktureller Defizite einer nachhaltigen Finanzpolitik nicht widerspricht. Wenn konjunkturbedingt Steuereinnahmen zurückgehen und die staatlichen Ausgaben für die Arbeitslosigkeit steigen, dann wäre es wirtschaftlich verfehlt, dem mit antizyklischen Maßnahmen begegnen zu wollen. Dabei wirkt bekanntlich ein progressives Steuersystem wie ein eingebauter Stabilisator.

Es gibt sicherlich auch Ausnahmesituationen, in denen der bewusste Rückgriff auf die Staatsverschuldung notwendig und vertretbar ist. Dies gilt nach meiner Ansicht beispielsweise für die Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung, bei der wir auf einen Mix von Ausgabeneinsparungen, Kreditausweitung und Steuer- und Abgabenerhöhungen setzen mussten. Makroökonomisch richtig war ein solcher Finanzierungsmix, weil damit die Nachteile der Einzelfinanzierungsinstrumente vermieden werden konnten.

- Die Finanzierung ausschließlich über Ausgabenkürzungen war de facto politisch nicht machbar, weil über achtzig Prozent der öffentlichen Ausgaben durch Gesetze festgelegt sind und Ausgabenkürzungen in dreistelliger Milliardenhöhe nur durch einen radikalen Abbau staatlicher Sozialleistungen möglich gewesen wären.
- Die Finanzierung ausschließlich über Kredite wäre gesamtwirtschaftlich äußerst fragwürdig gewesen, weil sie zu einer Abwälzung der Kosten auf die künftigen Generationen geführt und mit sehr großer Wahrscheinlichkeit das Vertrauen der Finanzmärkte in den politischen Kurs untergraben hätten.
- Eine Finanzierung ausschließlich über Steuer- und Abgabenerhöhungen wäre meines Erachtens ebenfalls nicht vertretbar gewesen, weil Steuern über die Funktion der Deckung des Finanzbedarfs hinaus weitreichende Auswirkungen auf die Allokation der Produktionsfaktoren sowie auf Konjunktur und Wachstum haben. Eine Belastung der deutschen Steuerzahler in dreistelliger Milliardenhöhe hätte mit Sicherheit die Konjunktur abgewürgt und damit der Wiedervereinigung den ökonomischen Boden entzogen.

Dennoch hat sich in den neunziger Jahren die Einsicht durchgesetzt, strukturelle Defizite abzubauen – also den konjunkturbereinigten Saldo der staatlichen Haushalte möglichst auf den Wert Null zu bringen. Dies ist uns auch in Deutschland gelungen. Die Deutsche Bundesbank hat dies bestätigt. Im Monatsbericht April schreibt sie, „dass die Finanzpolitik im letzten Jahrzehnt trotz der überwiegend schwachen Wirt-

schaftsentwicklung auf Konsolidierungskurs war. Über den gesamten Zeitraum hinweg wurde das konjunkturbereinigte Defizit stark reduziert und zwar von 4 % des BIP im Jahr 1991 auf $1\frac{1}{2}$ % in 1999.“

Nachhaltigkeit in der Euro-Zone

Wenn es in Europa in den vergangenen zehn Jahren eine erfreuliche Hinwendung zum Konzept einer nachhaltigen Finanzpolitik gegeben hat, so ist dies den Verträgen von Maastricht zu verdanken. Genauer gesagt: Dem Konzept der Wirtschafts- und Währungsunion.

Noch zu Beginn der neunziger Jahre wurden in Europa hohe Haushaltsdefizite und spürbare Inflationsraten politisch weitgehend akzeptiert. Dies hat sich mittlerweile radikal verändert. Was vor zehn Jahren noch keiner für möglich gehalten hätte, ist eingetreten: Ende 1998 haben elf europäische Staaten ihre Euro-Tauglichkeit unter Beweis gestellt bei durchschnittlichen Staatsdefiziten von 1,2 Prozent und durchschnittlichen Inflationsraten von 1,1 Prozent. Auch im vergangenen Jahr lag die durchschnittliche Defizitrate in der Euro-Zone bei 1,2 Prozent.

Diese Erfolge wurden erzielt, weil wir im Vertrag überaus ehrgeizige Konvergenzkriterien verankert haben – sowohl hinsichtlich Defizite und Schuldenstand, als auch hinsichtlich Inflationsrate und Kapitalmarktzinsen. Wichtig war es auch, die Stabilität für die Zeit nach dem Eintritt in die dritte Stufe rechtlich verbindlich zu verankern. Dies geschah im sogenannten Stabilitätsvertrag, der vom Haushaltsausgleich in Konjunkturzyklen ausgeht und Sanktionen für den Fall der Vertragsverletzung vorsieht.

Der amerikanische Ökonom Dornbusch, im Grund kein großer Freund des Euro, sieht die größte Errungenschaft mit der Einführung des Euro darin, dass künftig ein haushaltspolitischer Schlendrian in Europa verhindert wird. Und ich bin sicherlich ein wenig stolz darauf, dass der Vertrag in diesen Punkten die deutsche Handschrift trägt.

Paradigmen der deutschen Wirtschaftspolitik

Die Diskussion über nachhaltige Finanzpolitik muss auch betrachtet werden in Zusammenhang mit dem Paradigmenwechsel, dem die Wirtschaftspolitik gerade in Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten ausgesetzt war. In den fünfziger und sechziger Jahren stand die deutsche Wirtschaftspolitik im Zeichen des Ordo-Liberalis-

mus der sogenannten Freiburger Schule. Es wurden ordnungspolitische Grundlagen für den deutschen Wiederaufbau gelegt. Die Steuerlast war vergleichsweise hoch. Infolge der Währungsreform waren keine Vorkriegsschulden zu bedienen. Und im Vorgriff auf einen deutschen Verteidigungsbeitrag legte der damalige Finanzminister Schäffer ein großes Sparkonto an, den sogenannten Julisturm.

Mitte der sechziger Jahre vollzog sich ein konzeptioneller Wechsel, als nunmehr die Prozesspolitik in Form einer staatlichen Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung in den Vordergrund rückte. John Maynard Keynes hatte Walter Eucken abgelöst. Der wirtschaftspolitische Geist war geprägt vom Glauben an die Fähigkeit des Staates, makroökonomische Prozesse durch Globalmaßnahmen bis hin zur Feinabstimmung steuern zu können. Dabei kam es insbesondere zum gezielten Einsatz des „deficit spending“, also kreditfinanzierte Investitionsprogramme zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Im Verlauf der siebziger Jahre änderten sich die Rahmenbedingungen durch den Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, der Ölpreiskrise und auch der Fehlentwicklungen der Tarifpolitik. Die kreditfinanzierten Ausgabenprogramme zeigten kaum noch Wirkung, die Arbeitslosenzahl stieg und die Investitionslücke wurde größer.

Zu Beginn der achtziger Jahre vollzog sich deshalb ein erneuter Wechsel. Er ist im angelsächsischen Bereich mit den Namen Reagan und Thatcher verbunden. Das neue Paradigma stand im Zeichen der Angebotspolitik. Vorrangige Ziele waren die Bekämpfung der Inflation durch die Steuerung der Geldmenge, die schrittweise Senkung der Steuerbelastung für Bürger und Betriebe und die konsequente Konsolidierung der staatlichen Haushalte. Deutschland hatte Ende der achtziger Jahre auf Bundesebene einen ausgeglichenen Haushalt. Ohne diese Voraussetzungen wäre es kaum gelungen, die Jahrhundertinvestition der Wiedervereinigung finanzpolitisch erfolgreich in Angriff zu nehmen.

Die neunziger Jahre waren, wie schon dargelegt, durch einen policy-mix geprägt. Nur so war es möglich, jährlich einen dreistelligen Milliardenbetrag zur Bewältigung der Wiedervereinigung auf den Weg zu bringen. Am Ende der neunziger Jahre konnten wir feststellen: Die Dämme haben gehalten. Die wirtschaftliche Wiedervereinigung wurde geschultert, ohne dass es zu gesamtwirtschaftlichen Verwerfungen gekommen wäre. Trotz der einigungsbedingten Sonderlast gelang es Deutschland, die Kriterien von Maastricht zu erfüllen. Allerdings: Dem europaweiten Konjunkturreinbruch konnte sich auch die deutsche Wirtschaft nicht entziehen mit allen negativen Auswirkungen.

Ungeachtet dieser Sonderlasten hat Deutschland schon frühzeitig auf die sich abzeichnende Globalisierung reagiert. Mit dem Standortsicherungsgesetz, dem Wegfall der Vermögen- und Gewerbesteuer und den gezielten Erleichterungen für den Mittelstand wurden die steuerlichen Rahmenbedingungen entscheidend verbessert, auch wenn am Ende das Petersberger Steuermodell an der Blockade des Bundesrates gescheitert ist. Mit drei Finanzmarktförderungsgesetzen wurde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Finanzplätze erheblich gesteigert. Strukturreformen in der Alters- und Gesundheitsvorsorge waren auf den Weg gebracht und einige Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verabschiedet worden.

Wohin die Reise nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 letztlich geht, lässt sich noch nicht abzeichnen. Mein Nachfolger Lafontaine ging zunächst daran, die versprochenen Wahlgeschenke auszuteilen und sie durch Streuererhöhungen zu Lasten der mittelständischen Wirtschaft teilweise zu finanzieren. Sein Nachfolger Eichel war gezwungen, die Ausgabensteigerungen seines Vorgängers durch ein umfangreiches Sparpaket wieder einzukassieren.

Für die nächsten sechs Jahre strebt er einen ausgeglichenen Bundeshaushalt an. Die Rahmenbedingungen hierfür sind nicht einmal schlecht: Dank konjunkturbedingter Steuereinnahmen und der jährlich steigenden Ökosteuern einerseits und der hohen Zusatzeinnahmen aus den Börsengängen von Telekom und Post und der Versteigerung der UMTS-Lizenzen sprudeln die Einnahmen. Dies erinnert etwas verkürzt an den Bibel-Spruch: Sie säen nicht und ernten nicht und genießen doch die Früchte. Insgesamt wird jedoch nach Einschätzung des Finanzministeriums die gesamte Staatsverschuldung im Zeitraum 2000 bis 2003 um rund 250 Milliarden D-Mark zunehmen.

Ausblick

Die Globalisierung wird in den kommenden Monaten das beherrschende Thema bleiben. Die Europäer müssen die Bereitschaft aufbringen, ihre Hausaufgaben zu machen und von den Amerikanern zu lernen. Die größte Gefahr für Deutschland und Europa wäre Selbstzufriedenheit. Nur wenn die Europäer in der Steuer- und Sozialpolitik Reformbereitschaft unter Beweis stellen, werden sie Anschluss an die Dynamik der US-Wirtschaft gewinnen.

Die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung müssen fortgesetzt werden. Auch in der Steuerpolitik besteht, trotz der beschlossenen Senkungen, weiterer Reformbedarf. Ich plädiere dabei, wie schon vor Jahren, für eine symmetrische Finanzpolitik,

die auf eine schrittweise Rückführung des Defizits setzt. Die damit wieder gewonnenen Handlungsspielräume sollten in einem ausgewogenen Verhältnis für Steuersenkungen einerseits und Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur eingesetzt werden.

Wenn sich alle Länder zu einer solchen Finanzpolitik entschließen würden, dann würde dies auch die Stabilität der internationalen Finanzarchitektur stärken. Doch hierzu will ich mich nicht äußern. Dies überlasse ich den Staatsmännern der Luxusklasse, die sich ja nur wenige Kilometer entfernt in Prag nicht nur mit den Problemen der Nachhaltigkeit, sondern auch mit den Gegnern der Globalisierung auseinandersetzen müssen.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Umwelt - Schriftenreihe für Ökologie und Ethologie](#)

Jahr/Year: 2000

Band/Volume: [27](#)

Autor(en)/Author(s): Waigel Theo

Artikel/Article: [Finanzielle Aspekte der Nachhaltigkeit. 9-18](#)